

attac zu Syrien

7. Juni 2012

Von Luz Maria de Stefano de Lenkait:

Die plötzliche Mission des deutschen Außenministers nach Doha (Katar) und Abu Dhabi (Vereinigte Arabische Emirate) und weiter nach Istanbul im Zusammenhang mit der Syrien-Krise gibt Anlass zu folgender Stellungnahme zu

Süddeutsche Zeitung (SZ) vom 4.6.2012:

„Assad setzt weiter auf Gewalt“ von dpa, dapd und

SZ-Kommentar vom 5.6.2012:

„Moskaus Interessen“ von „nien“,

Deutsche Presse-Agentur dpa,

ARD-Fernsehsendung „Anne Will“ vom 6.6.2012, 22.45 Uhr.

Schlüsselrolle Deutschlands in der Syrien-Krise, aber Doppelbödigkeit führt zum Scheitern.

Der NATO-Gipfel in Chicago (20. - 21.5.2012) fand in einer Zeit statt, die durch die Vertiefung der Krise des herrschenden Neoliberalismus und durch brutale Angriffe auf soziale Errungenschaften und Rechte gekennzeichnet ist. In dieser Zeit mutet die Kriegsfraktion der hegemonialen US-Macht der Welt eine neue militärische und interventionistische Eskalation zu. Die US-NATO betreiben eine Erweiterung ihres Einflussbereiches, heizen das Wettrüsten an, erhöhen die Militärausgaben, wollen in neue Waffensysteme Milliarden verschwenden und ihr weltweites Netz von Militärbasen erweitern. Eine wirklich alle Vernunft beleidigendes, irrationales Unternehmen und ein Hohn gegenüber den amerikanischen und europäischen Völkern. Nicht umsonst hatte der Präsident Frankreichs, François Hollande, bei seinem Amtsantritt im Elysée (15.5.2012) die republikanische Tradition von Charles de Gaulle, François Mitterand und Jacques Chirac betont gewürdigt und gemäß diesem ehrenvollen Geist der Außenpolitik Frankreichs die NATO-Rede von Präsident Barack Obama (20.5.2012) durch seine Abwesenheit elegant diplomatisch desavouiert, „ein fehlerfreier Parcours“ mit den Worten des französischen Außenministers Laurent Fabius.

Die US-NATO wollen die weitere Militarisierung der internationalen Beziehungen, die Besetzung fremder Territorien und die Verletzung von Abrüstungsverträgen. All das hat mit Demokratie gar nichts zu tun. Im Gegenteil. Die Grundsätze der UN-Charta werden dadurch ernsthaft gefährdet und die Vereinten Nationen zunehmend als Deckmantel für die Gewalt der Welthegeemonialmacht missbraucht. Die NATO wurde seit der vergeudeteten Zeit des Kalten Krieges das wichtigste Instrument der US-Dominanz für ihre Weltbeherrschung. Daher ist sie eine enorme Bedrohung für den Frieden und die Sicherheit auf der ganzen Welt. Heute versucht die Kriegsfraktion sogar die Türkei zu benutzen, um ein Bündnisfall gegen Syrien zu konstruieren. Aufgeweckt und umsichtig hat sich die Türkei aber nicht in diese brandgefährliche Sache hineinziehen lassen und beim NATO-Gipfel in Chicago kein Wort im Sinne der US-Militaristen ausgesprochen. Auch nicht danach.

Nimmt der deutsche Außenminister Guido Westerwelle die Schlüsselrolle Deutschlands in der Syrien-Krise endlich wahr? Er reist nach Katar (4.6.2012), um dort laut dpa (SZ, 6.6.2012) für eine politische Lösung der Syrien-Krise zu werben. Schon die deutsche Bundeskanzlerin und der

französische Präsident stimmten darin mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin bei seinem Besuch in Berlin und Paris am Wochenende (1./2.6.2012) überein. Es ist dringend, den bewaffneten Gruppen in Syrien den Hahn für Geld und Waffen abzdrehen, sie zur Einhaltung des Kofi-Annan-Plans zu bewegen oder sie zu zwingen, sich aufzulösen. **Der Leiter der UN-Beobachter-Mission, General Robert Mood, sagte eindeutig, aus vielen Ländern fließe Geld und Waffen für die Aufständischen in Syrien.** „Es gibt mehrere ausländische Gruppen, die den Konflikt nähren.“ (ARD-ZDF-Mittagsmagazin vom 5.6.2012). Katar, die Vereinigten Arabischen Emirate und Saudi-Arabien sind dafür bekannt: Sie haben eingestanden, die Aufständischen mit Waffen und finanzieller Hilfe zu versorgen. Es war zu hoffen, dass der deutsche Außenminister die Unterstützung Deutschlands für die bewaffnete Gruppe der „Freunde Syriens“, die er half auf Initiative von Hillary Clinton zu organisieren und die er unterstützte, klar und deutlich beendet. Aber bisher gibt er kein klares Signal für eine erfolgreiche deutsche Diplomatie gegenüber zwei, drei arabischen Regierungen, die sich anfangs mit Hilfe von Guido Westerwelle gravierend gegen den Friedensplan von Kofi Annan gestellt haben.

Nachdem die Bundeskanzlerin und der französische Präsident sich für eine politische Lösung gegen Eskalation und Bürgerkrieg in Syrien zusammen mit dem russischen Präsidenten Vladimir Putin vereint (1.6.2012) ausgesprochen haben, ist jetzt eindeutig, was die deutsche und europäische Diplomatie zu tun hat, nämlich sich dafür einzusetzen, dass die Aufständischen sich entwaffnen und dem Friedensplan zustimmen, um der nationalen Verständigung in Syrien nicht länger im Wege zu sein. In diesem Zusammenhang ist die Reise vom deutschen Außenminister Guido Westerwelle nach Doha in Katar und Abu Dhabi als bemerkenswert wichtig zu bewerten. Jedoch ist seine Mission schon jetzt gescheitert, wenn er die Lage verkompliziert, anstatt sich einfach und eindeutig für den nationalen Dialog und die politische Lösung in Syrien auszusprechen. Sanktionen sind kein Teil des Friedensplans von Kofi Annan. Nicht Druck auf den syrischen Präsidenten, sondern Druck auf die zwei, drei arabischen Regierungen, die den Kofi-Annan-Friedensplan sabotieren, ist erforderlich. Oder sieht der deutsche Außenminister diese Sabotage als berechtigt?

Zu auffällig erscheint die inkonsistente und unprofessionelle diplomatische Öffentlichkeitsarbeit im Bundeskanzleramt und im Außenministerium. Daraus folgen berechtigte Zweifel und maliziöse, boshafte Gedanken über die Position Deutschlands in Bezug auf Syrien, die sich aus den Medien nähren.

Zweideutige Erklärungen von Guido Westerwelle lassen die Position Deutschlands fragwürdig erscheinen, doppelbödig und deshalb zweifelhaft. Schon zu Libyen war die deutsche Außenpolitik wegen ihrer Doppeldeutigkeit erfolglos, weil sie sich nicht klar gegen kriminelle militärische Operationen in fremden Ländern zu stellen wusste. Beträgt die Bundeskanzlerin die Öffentlichkeit und treibt ein falsches Spiel? Wie erklärt man sich, dass sie sich zusammen mit Russland für eine politische Lösung in Syrien ausspricht und drei Tage danach ihr Außenminister die politische Lösung durch seine Fürsprache für völlig unangemessene Zwangsmaßnahmen und Sanktionen demontieren lässt? Darüber hinaus reist Westerwelle am 7.6.2012 überraschend weiter nach Istanbul, wohl als Sekundant von Hillary Clinton, die plötzlich dort zu erwarten ist. Trifft er sie dort, ist das eine respektlose Geste, eine würdelose deplazierte Haltung eines Mannes und Politikers ohne Format, der sich in die Hände Clintons dirigieren lässt und dadurch seine Bundeskanzlerin der Lächerlichkeit preisgibt. Oder ist die Bundeskanzlerin damit einverstanden mit teutonisch bornierter Dummheit, die glaubt mit Gott und Teufel gemeinsam Politik machen zu können? Dieselbe Mentalität, die zu zwei Weltkriegen führte, erscheint jetzt noch hoch lebendig an höchsten Stellen. Mit jenem dumm-bornierten Kalkül fühlte sie sich verpflichtet, vor dem russischen Präsidenten Wladimir Putin, die USA in Schutz zu nehmen. Merkel sinngemäß vor Putin: „Ich habe den Eindruck, niemand will in Syrien einen Bürgerkrieg“ und so wollte sie die US-amerikanischen Spekulationen über eine Eskalation in Syrien bis zum Bürgerkrieg nicht wahrnehmen, obwohl die schrillen Töne danach von Hillary Clinton aus dem kleinen Dänemark nicht zu überhören waren. Wie soll jemand der Bundeskanzlerin glauben, eine politische Lösung in Syrien anzustreben, wenn sie gleichzeitig die US-Regierung deckt, die genau das Gegenteil tut, nämlich Eskalation und

Bürgerkrieg in Syrien fördert? Sieht die Bundeskanzlerin nicht, dass sich diese beiden Positionen, die deutsch-britisch-französische-russische und die US-amerikanische, ausschließen? Die Bundeskanzlerin darf nicht zwischen zwei inkompatiblen Positionen schwanken! Auch dann nicht, wenn sie in einigen jämmerlich inkompetenten Zirkeln ihrer Partei dafür Applaus bekommt. Man kann nicht das eine und gleichzeitig genau das Gegenteil davon anstreben wollen, auch wenn man versucht, es zu verbergen, das fliegt früher oder später als Riesenbetrug der Öffentlichkeit auf! Die Folgen wären verheerend: Die deutsche Bundesregierung verlöre jede Glaubwürdigkeit vor der eigenen Bevölkerung und vor der Weltstaatengemeinschaft.

Wozu also die Reise von Westerwelle nach Istanbul? Die verhängnisvolle Absicht, mit der Türkei einen NATO-Bündnisfall zu konstruieren, lässt befürchten, dass der türkische Außenminister, Ahmed Davutoğlu, von der kriegstreiberischen US-Außenministerin unter enormen Druck gesetzt wird. Aber Davutoğlu ist ein Schwergewicht, ein Mann mit großem Format in der europäischen Politik, der die extremen Gefahren einer entgleisten US-amerikanischen Außenpolitik im Nahen Osten schon lange erkannt hat.

Gleichzeitig scheint Westerwelle weiter gemeinsame Sache mit den bewaffneten „Freunden“ Syriens zu machen, wenn er auf deren Treffen in Istanbul auftaucht, ein Treffen von Leuten, unter ihnen auch Hillary Clinton, die eigentlich Syriens reale Feinde sind, indem sie den Friedensplan von Annan nicht akzeptieren, ihn mit Gewalt definitiv untergraben wollen, und den Syrern vorschreiben wollen, wen sie als Staatsoberhaupt dulden oder nicht dulden sollen. Auf diese Weise zeigt sich Deutschland leider als ein sehr destruktiver Faktor an der Seite des US-Monsters. Sollte die Bundeskanzlerin von ihrem Außenminister mit dieser Mission übergegangen worden sein, müsste das Bundeskanzleramt sofort durch seinen Sprecher die deutsche Position richtigstellen und den Außenminister entlassen. Sanktionen und Druck gegen den Präsidenten Syriens sind mehrmals von China und Russland im UN-Sicherheitsrat abgelehnt worden und sind weiter abzulehnen, da sie menschenfeindlich kontraproduktiv sind.

Ein weiteres schweres Indiz für die Doppelbödigkeit vom deutschen Außenminister Guido Westerwelle ist seine Reise nach Abu Dhabi. Was sollte er eigentlich dort tun, wo angeblich eine Umweltkonferenz stattfand, worüber nicht berichtet wurde? Alles deutet darauf hin, dass dort etwas heimliches geschah, das die deutsche Öffentlichkeit nicht erfahren durfte. Was kann es wohl anderes sein als die schamlose Unterstützung von Mord und Totschlag in Syrien und die Destabilisierung der syrischen Regierung, für die diese Emirate bekanntermaßen kompromittiert sind?

Die Mission von Westerwelle nach Katar und die Emirate ist offensichtlich auf der ganzen Linie im Sinne der offiziellen Position der Bundeskanzlerin peinlich gescheitert. So versteht sich das Schweigen darüber im deutschen Fernsehen von selbst: Am 6.6 keine Meldung in ZDF-Nachrichtensendungen „Heute“, „Heute-Journal“ und keine Meldung in ARD „Tagesschau“, „Tagesthemen“.

In Paris bekräftigte der Präsident Russlands seine Ablehnung von Sanktionen und stärkeren Druck auf das Regime in Damaskus. Bezeichnenderweise verloren beide Präsidenten, Wladimir Putin wie François Hollande, keine Silbe über eine militärische Intervention in Syrien.

In diesem aktuellen Zusammenhang scheint die Deutsche Presse-Agentur dpa ein Nest verwirrter Lügner und Desinformanten geworden zu sein. Ihren Artikel (SZ, 4.6.2012) „Assad setzt weiter auf Gewalt“ hätte die SZ nicht ohne weiteres von der dpa übernehmen dürfen, ohne ihn richtig zu stellen. Zwei falsche Behauptungen bzw. falsche Formulierungen sind grundsätzlich zu korrigieren:

Erstens.- „Im Gegensatz zur französischen Regierung steht Westerwelle einer Militärintervention in Syrien weiterhin ablehnend gegenüber“. Es handelt sich um eine raffinierte verdeckte Verdrehung der Pariser Position. Die Übereinstimmung zwischen den Präsidenten Frankreichs und Russlands ist bekannt, auch für die dpa, nach dem Besuch von Wladimir Putin in Paris. Gerade diese Verdrehung in deutschen Medien veranlasste die prompte Reise vom französischen Außenminister Laurent

Fabius nach Berlin am Vormittag des 4.6.2012 wenige Stunden vor der Abreise von Guido Westerwelle nach Katar, ein Land, das Geld und Waffen nach Syrien fließen lässt. Bezeichnenderweise war das Gespräch zwischen beiden Außenministern streng vertraulich außerhalb des Außenministeriums.

Nach dem Treffen von Wladimir Putin mit François Holland in Paris am 1. und 2.6.2012 wurde bekannt, dass sich beide darin einig waren, Annans Friedensplan, also einen friedlichen politischen Wandel, voll zu unterstützen. Dieselbe politische Linie hatte bereits die Bundeskanzlerin in Berlin unterstrichen (1.6.2012) und zuvor London Ende Mai (Meldung vom 29.5.2012)

Der Kofi-Annan-Friedensplan wurde vom syrischen Präsidenten Baschar Al-Assad akzeptiert und unterzeichnet. Daraus folgt, dass Assad als amtierender Präsident Syriens die Aufgabe übernimmt und dazu verpflichtet ist, den UN-Friedensplan umzusetzen. Baschar Al-Assad hatte sich schon im vergangenen Jahr für den nationalen Dialog und institutionellen Reformen ausgesprochen. Gerade an diesem Punkt scheiden sich die Geister. Den Neokonservativen und Interventionisten bei Republikanern und Demokraten passt das natürlich nicht in ihr Konzept, denn nach ihrer Agenda gilt es, eine US-hörige Marionettenregierung in Syrien einzusetzen. So versuchen sie mit allen Tricks und Ablenkungsmanövern die öffentliche Meinung, besonders die in Deutschland, auf ihre Seite zu ziehen. Nützliche Idioten gibt es immer, wie offenbar der außenpolitische Sprecher der Unionsbundestagsfraktion und andere Militaristen. Die dpa hat sich von solchen Leuten infiltrieren lassen. Die dpa-Manipulation lässt die Frage aufwerfen: Ist die deutsche Kriegsfraktion ebenso aktiv bei der dpa mit Desinformation der Öffentlichkeit bis zur Verdrehung der Wahrheit und der Position Frankreichs, weil sie ihnen und bestimmten Kreisen nicht passt, die einen Militärschlag gegen Syrien anstreben?

Die SZ versteckt sich hinter der Deutschen Presse-Agentur dpa und spielt ebenso die politische Mission des deutschen Außenministers herunter. Unter dem unverschämten Titel „Unerwünschte Botschafter“ mit einem Artikel von dpa am 6.6.2012 publiziert sie ein Foto vom Außenminister Guido Westerwelle zusammen mit dem Scheich Katars. Die dpa liefert so den offenkundigen Beweis, mit einigen unzuverlässigen, inkompetenten Mitarbeitern besetzt zu sein. Wie und für wen sie arbeiten, erklärt sich von selbst, bei der dpa genauso wie bei der SZ, deren Hang zu Militarismus im Dienst der US-Kriegsfraktion bekannt ist.

Zweitens.- Die „Härte“ des syrischen Präsidenten Baschar Al-Assad richtet sich nicht gegen „die Protestbewegung“, nicht gegen Opposition, wie die dpa unzumutbar desinformiert. Innerhalb der Opposition, innerhalb der Protestbewegung gibt es bewaffnete Gruppierungen. Sie werden natürlich nicht mit sanften Händen behandelt, sondern mit aller Härte. Bewaffnete Gruppierungen, die morden und massakrieren, sind als Terroristen zu bezeichnen und hart mit der Staatsgewalt zu bekämpfen, wie es jeder Rechtsstaat tun würde, um die Zivilbevölkerung zu schützen, die sonst wehrlos solchen Terror-Banden ausgeliefert ist. Tendenziöse Medien und Agenturen, darunter die dpa und ARD-Anne Will, stellen die Dinge auf den Kopf, verharmlosen und decken solche Terror-Banden und verurteilen einseitig die Regierung in Damaskus, um sie zu diskreditieren. Sie haben offensichtlich ein Interesse daran, ein Regime-Wechsel in Syrien zu provozieren, koste es, was es wolle. Der Friedensplan von Kofi Annan steht ihnen im Wege. Die syrische Armee kämpft gegen bewaffnete Extremisten.

Der französische Botschafter in Moskau, Jean de Glinasty, betonte, sein Land verlange von Syrien keinen Wechsel des politischen Regimes, (9.2.2012). Laut dem französischen Diplomaten vertreten Frankreich und Russland bei vielen Fragen gleiche Positionen.

Hinsichtlich der Informationspolitik durch die Medien in Deutschland gibt es akuten Handlungsbedarf, damit deutsche Nachrichtenredaktionen von alten Bush-Redakteuren endlich gesäubert werden. Eine bessere PR-Arbeit ist angebracht, sowohl beim Bundeskanzleramt als auch beim Berliner Außenministerium, vor allem in komplizierten Lagen wie im Vorfeld des Besuchs des deutschen Außenministers in äußerst kompromittierte Länder wie Katar und die Vereinigten Arabischen Emirate, die bekanntermaßen Gruppen von Aufständischen in Syrien mit Waffen und

Geld unterstützen und die erst noch für eine politische Lösung in Syrien zu gewinnen sind. Solche Regierungen wirken als trojanisches Pferd innerhalb der Arabischen Liga, die den Friedensplan von Kofi Annan unterstützt. Die Arabische Liga ist verpflichtet, Syrien in ihre Organisation wieder aufzunehmen und die Beziehungen mit Damaskus wiederherzustellen und zu normalisieren, wie es gegenüber einem alten Gründungsmitglied wie Syrien nur gerecht und fair ist. Diese Wiederherstellung der Beziehungen mit Syrien wäre eine richtige angemessene Maßnahme der Arabischen Liga gegen Saboteure und Verräter des friedlichen Wandels in Syrien.

Kaum hat die deutsche Regierung klar für eine politische Lösung Stellung bezogen, hört für einige deutsche Medien die politische Lösung zu existieren auf. Richtige Diplomatie durch notwendige Korrekturen gegenüber Syrien ist aus Berlin nicht zu erkennen. Die bedauerliche Sendung „Anne Will“ am Mittwoch 6.6.2012 war eine extreme Frechheit, die den öffentlichen Beweis liefert, wie ungehindert die Kriegerfraktion in Deutschland arbeitet und ARD- und zuliefernde Redaktionen für ein skandalöses Manöver infiltriert. Die vollkommen entgleiste Sendung „Anne Will“ spiegelte klipp und klar diesen miesen Zweck wider. Keine politische Persönlichkeit war dabei. Zu Recht. Jürgen Todenhöfer und wahrscheinlich auch andere weigerten sich, an einer solchen niederträchtigen Propaganda-Show gegen den syrischen Präsidenten Assad teilzunehmen, wie der anwesende Nahost-Experte Peter Scholl-Latour offen sagte. Er selbst äußerte sich mehrfach gegenüber der Sendung sehr kritisch. Es war offensichtlich, dass er sich unwohl fühlte und sich nur mit Unmut an der abstoßenden Propaganda-Show beteiligte.

Besäße die Moderatorin Anne Will genügend Charakterstärke, hätte sie sich weigern müssen, eine solche Infamie zu moderieren, die dilettantisch propagandistisch offen für militärische Intervention gegen Damaskus plädierte. Anne Will war dazu instruiert und musste die armselige Diskussion in diese extrem verhängnisvolle unzulässige Richtung führen. Kein einziges Mal fiel ein Wort über die schon zugestimmte politische Lösung in der Diskussion, wie sie der Position der deutschen Bundeskanzlerin entspricht, die sie zusammen mit dem Präsidenten Russlands in ihrer gemeinsamen Pressekonferenz in Berlin am 1.6.2012 bekannt gab. Auch der Kofi-Anan-Plan blieb bezeichnenderweise unerwähnt.

Besonders abstoßend war, keinen Sinn für Menschlichkeit, kein bisschen gesunder Menschenverstand beobachten zu müssen, als sich bei „Anne Will“ ein sogenannter „Helfer“ für „Drohnen“ einsetzte, um den Menschen in Syrien damit zu helfen! Zudem stellte sich ein vollständiger Mangel an Demokratieverständnis durch die deplazierte Frage bloß, welche Regierung nach Assad kommen solle. Als ob eine Antwort aus dem winzigen militaristischen interventionistischen Kreis deutscher Staatsbürger bei „Anne Will“ zu einer Antwort einer Angelegenheit des syrischen Volkes berechtigt wäre. Kein Syrer war anwesend. Sicherlich als Manifestation der Ablehnung gegenüber der unverschämten medialen Infamie hinsichtlich seines Landes. Niemals signalisierte eine Anne-Will-Sendung so stark und schockierend die aktuelle geistige Dekadenz, die bei Redaktionen und Talk-Shows generell dominiert.

Das deutsche Außenministerium sollte angesichts der Lage so bald wie möglich die diplomatischen Beziehungen mit Syrien normalisieren. Die vollständige Funktionsfähigkeit der syrischen Botschaft in Berlin ist wiederherzustellen, damit der deutsche Botschafter in Damaskus wieder empfangen wird, um die politischen Bemühungen für den UN-Friedensplan konstruktiv und erfolgreich zu unterstützen.

Nach dem Massaker in Hula verschwieg die SZ die jüngsten Erklärungen der Außenminister Russlands und Großbritanniens, da sie in ihre Propaganda-Masche nicht passten. Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit seinem britischen Amtskollegen William Hague erklärte Sergej Lawrow, das Gerede von einem „Regimewechsel in Syrien“ gefährde die Umsetzung des Annan-Plans. Der britische Premier David Cameron war der erste Staatsmann Europas nach Wladimir Putin, der sich für eine politische Lösung zusammen mit Russland entschied. Sein Außenminister William Hague bezeichnete den Friedensplan als „derzeit beste Hoffnung für Syrien, um den Kreislauf der Gewalt zu stoppen.“ (<http://de.rian.ru/politics/20120528/263672271.html> und

„Anschlag auf Syrien“ von Karin Leukefeld, Junge Welt von 29.5.2012). Schnell setzte sich dann der französische Präsident François Hollande mit dem britischen Premierminister David Cameron telefonisch in Verbindung, um sich die politische Linie Londons bestätigen zu lassen. Beide wünschten mit Russland zusammen zu arbeiten, um die Krise in Syrien zu lösen, hieß es aus dem Elysée. Bezeichnenderweise hat die US-Außenministerin nicht London für ihre Störmanöver aufgesucht, sondern sie musste sich mit den hervorragenden Fischsalaten Dänemarks zufrieden geben (31.5./1.6.2012.).

Das grausame Massaker in Hula hat vielen die Augen geöffnet, wie zutreffend aus Peking zu hören ist. Das extrem unmenschliche Verbrechen mit seiner medial wiederholten schrecklichen Verbreitung erinnert an die inszenierte Verfälschung von Račak, als die serbische Armee gegen UCK-bewaffnete Leute kämpfte, und dann Albaner die erschossenen UCK-Terroristen als Zivilisten vor der Presse erscheinen ließen, für die Montage der westlichen Propaganda gegen Serbien. Somit bereitete die US-NATO medial ihren Bomben-Angriffskrieg gegen Belgrad (Juli 1999) vor.

Gott sei Dank hat der Präsident Russlands Europa gerettet, hoffentlich rechtzeitig, damit der bisher verhängnisvolle Kriegskurs in Bezug auf Syrien ein für alle Mal gestoppt ist.

Der SZ-Journalist Frank Nienhuysen („nien“) verfällt in seinem SZ-Kommentar vom 5.6.2012 „Moskaus Interessen“ in eine unentschuld bare Naivität oder Unkenntnis des höchst gefährlichen internationalen Kontextes. 60% der amerikanischen Marine sollen in den kommenden Jahren im Pazifik und im Indischen Ozean stationiert werden, dem Verteidigungsminister Leon Panetta zufolge während einer Konferenz in Singapur am 2.6.2012. Schon jetzt unterhalten die USA dort ungefähr die Hälfte ihrer Flotte. Ein zentraler Punkt soll die Konzentration der Streitkräfte mit der militärischen Einkreisung Chinas sein. China hat außerhalb seiner Grenzen keine Stützpunkte. Der amerikanische Verteidigungsminister versuchte die für alle Welt offensichtliche US-Bedrohung gegen China herunterzuspielen. Der fortschreitende Kräfteaufbau der USA rund um China und an seinen Seegrenzen richte sich nicht gegen das Land. Ebenso wie das geplante Raketenabwehrsystem der NATO sich nicht gegen Russland richte, heißt es von US-Vertretern. Zu diesem Punkt reagierte der Stellvertretende Repräsentant Russlands bei der NATO, Nikolaj Korchunow und traf den Nagel auf den Kopf: „Wenn mein Nachbar einen Panzer in seinen Garten stellt und auf meine Frage, was er damit wolle, antwortet: ‚Der ist gegen die Kaninchen‘, dann wäre jeder irritiert“. (Die Welt vom 28.5.2012) Es hat den Anschein, als glaubten die SZ und ihr Journalist Nienhuysen das Kaninchen-Märchen.

Frank Nienhuysen ist zudem bekannt für seine anti-russischen Tiraden, seit Wladimir Putin wieder Präsident Russlands ist, ein Schwergewicht für kleine Geister, die vor dem erfolgreichen russischen Präsidenten ihren Unmut und anti-russische Ressentiments demonstrieren. Hässlich halluziniert der SZ-Journalist, als er den russischen Präsidenten Wladimir Putin getrennt von seinem Volk sehen will. Dass Putin wie vorauszusehen mit einer überwältigenden Mehrheit am 4.3.2012 gewählt wurde, und zwar mit 63,6%, ist für Nienhuysens verkehrte Logik keine Tatsache. Was für eine „Kluft zwischen Macht und Volk“ hätte er dann in Deutschland feststellen müssen, wo Regierungsparteien von einem solchen russischen Wahlergebnis nur träumen können. Nienhuysen sollte seine kleinkarierte tendenziöse Art gegen Russland beenden und von den richtigen zurückweisenden Worten des russischen Außenminister Sergej Lawrow lernen, wie er sich äußerte, als das propagandistische Geschrei gegen Russland im November/Dezember 2011 anging. **Die SZ, die im Ruf steht, das Zentralorgan des Pentagon in Deutschland zu sein**, war natürlich mit dabei, auch mit Frank Nienhuysen. Offenbar befolgten sie alle gehorsamst Vorgaben aus US-NATO-Stellen.

Allerdings ist Russland ein unabhängiges souveränes europäisches Land im Gegensatz zu Deutschland, das ein US-NATO-Protectorat bleibt. Mit aller Würde und zu Recht lehnte damals Russlands Außenminister Sergej Lawrow scharf und herablassend die unverschämte Kritik seiner US-Kollegin Hillary Clinton ab: „Das ist hier nicht der Central Park oder der Triumph-Platz in Moskau, wo Redner ihr Herz ausschütten und dann wieder gehen, ohne dem anderen zuzuhören.“

So der russische Außenminister energisch und angemessen hart gegenüber der großschnäuzigen Clinton.

Russland wird alles in seiner Macht Stehende tun, um ein militärisches Eingreifen in Syrien zu verhindern. China ebenso wie die BRICS-Staaten und viele andere Länder Südamerikas und Asiens. Zu einem UN-Mandat dafür werde es nicht kommen, unterstrich auch der deutsche Außenminister Guido Westerwelle. „Entscheidend ist, dass wir vernünftige Politik machen und tun, was nötig und möglich ist. Wir müssen auch einen Flächenbrand in der gesamten Region verhindern. Man darf in dieser schwierigen Lage nicht den Eindruck erwecken, als wäre eine militärische Intervention der Königsweg zu einer schnellen Lösung. Die politischen und diplomatischen Bemühungen sind äußerst mühsam, aber sie müssen weitergehen. Der Plan von Kofi Annan ist immer noch die beste Grundlage für eine politische Lösung.“ So der Außenminister Deutschlands im Interview für „Die Welt“ vom 1.6.2012.

Bewaffnete Gruppen und Friedensstörer sind anzuklagen. Der UN-Sicherheitsrat ist schon im Besitz einer amtlichen Liste der Gruppierungen und ihrer Mitglieder, die in Syrien bewaffnet aktiv sind, um den Friedensprozess zu verhindern, indem sie weiter Mord und Totschlag begehen.

Der Präsident Russlands reiste weiter nach Peking, wo er drei Tage lang geblieben ist, um unter anderem die Syrien-Frage zu besprechen. Inzwischen hat sich nicht nur China, sondern auch die Arabische Liga gegen einen Militärschlag auf Syrien und für den Friedensplan von Kofi Annan geäußert.

Luz María De Stéfano Zuloaga de Lenkait

Quelle:

<http://www.attac-netzwerk.de/ag-globalisierung-und-krieg/themen/propaganda/syrien/?L=2>